

Energie-Control GmbH

Pressegespräch

**Wettbewerb – Quo vadis?
Zur Lage des Strom- und
Gasmarktes in Österreich
2007/2008**

Wien, 8. September 2008

Energie-Control GmbH

In dieser Pressemappe finden Sie:

Inhaltsverzeichnis

Die Sprecher

Klares Bekenntnis zu Wettbewerb am Energiemarkt gefordert

2007 hat große Mehrbelastung für die österreichischen Energiekunden gebracht – Wettbewerb noch immer auf Sparflamme – Wechselraten 2008 steigen leicht – Nachhaltige Verbesserungen erfordern gesetzliche Maßnahmen

Broschüre „Wettbewerb – Quo vadis?“

Weitere Informationen:

Energie-Control GmbH
Mag. Bettina Ometzberger
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Tel.: 24 7 24-202
Fax: 24 7 24-900
e-mail: bettina.ometzberger@e-control.at
www.e-control.at

Energie-Control GmbH

Als Gesprächspartner stehen Ihnen zur Verfügung:

DI Walter Boltz

Geschäftsführer Energie-Control GmbH

Mag. Johannes Mayer

Leiter Abteilung Volkswirtschaft Energie-Control GmbH

Klares Bekenntnis zu Wettbewerb am Energiemarkt gefordert 2007 hat große Mehrbelastung für die österreichischen Energiekunden gebracht – Wettbewerb noch immer auf Sparflamme – Wechselraten 2008 steigen leicht – Nachhaltige Verbesserungen erfordern gesetzliche Maßnahmen

Eine neue Broschüre der E-Control gibt einen Überblick über Entwicklungen und aktuelle Geschehnisse am Strom- und Gasmarkt im vergangenen Liberalisierungsjahr. Unter dem Titel „Wettbewerb – quo vadis?“ – Zur Lage des Strom- und Gasmarktes in Österreich 2007/2008 werden Probleme am österreichischen Energiemarkt thematisiert, aber auch mögliche Lösungsansätze dargestellt. „Und die Ergebnisse zeigen, dass auch nach knapp sieben Jahren Liberalisierung am österreichischen Energiemarkt nach wie vor zu wenig Wettbewerb herrscht. 2007 sind keine neuen Lieferanten auf den Markt gekommen, auch Produktinnovationen sind im Haushaltskundenmarkt nicht zu beobachten. Die Marktkonzentration ist unverändert hoch, eine Verbesserung ist auch mittelfristig nicht zu erwarten.“, fasst der Geschäftsführer der Energie-Control GmbH, DI Walter Boltz einige Erkenntnisse der Broschüre zusammen.

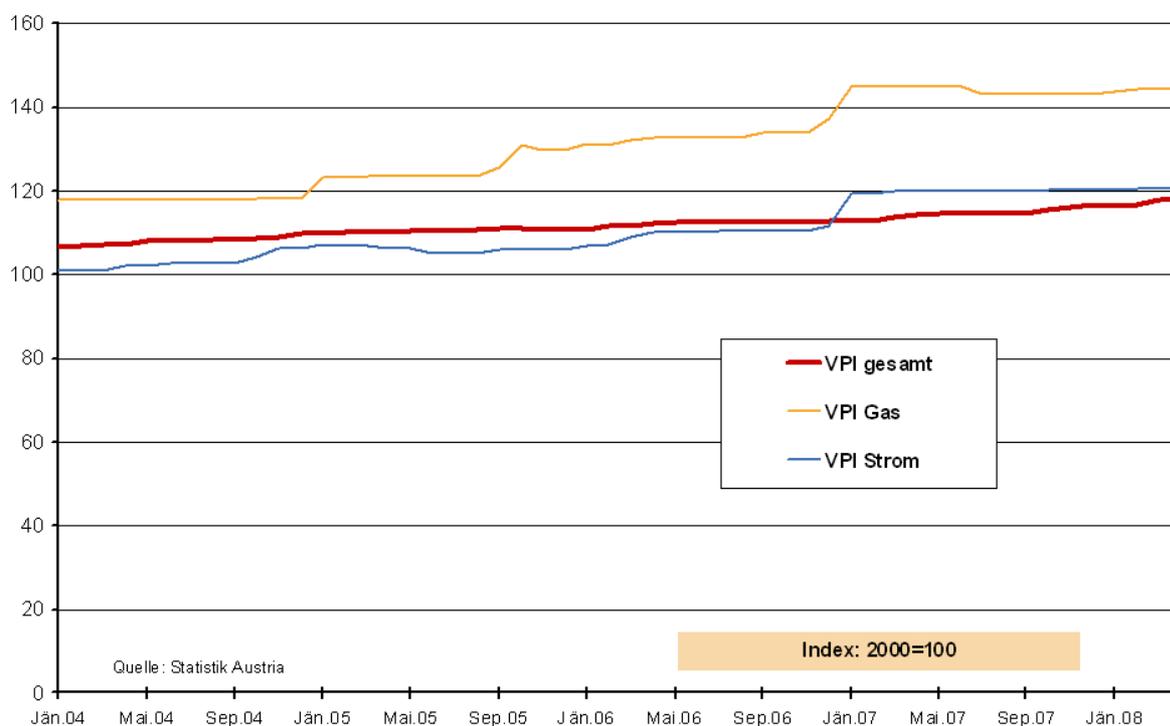
Mut zu mehr Wettbewerb

Bis zum Jahr 2006 hat es sehr positive Effekte der Energiemarktliberalisierung in Österreich gegeben. „Allerdings ist Österreich gerade dabei, die guten Fortschritte und Vorteile für die Konsumenten wieder zu verspielen. Die Preise steigen, die Preisvorteile gegenüber anderen Ländern in der EU sind zurückgegangen, Österreich verschlechtert seine Position im EU-Vergleich, andererseits steigen die Gewinne der Energieunternehmen an. Deshalb müssen jetzt Maßnahmen gesetzt werden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Es geht hier nicht nur darum, dass die Konsumenten unter der mangelnden Wettbewerbssituation leiden, sondern es geht vor allem auch um den Wirtschaftsstandort Österreich. Die E-Control fordert deshalb mehr Mut zum Wettbewerb.“, so Walter Boltz.

120 Euro Mehrkosten im Jahr 2007

Im Jahr 2007 mussten die Haushaltskunden für Strom und Gas tiefer in die Tasche greifen als noch im Jahr zuvor. Durchschnittshaushalte wenden etwa 600 bis 700 Euro pro Jahr für elektrische Energie auf, Haushalte, die mit Gas heizen, in etwa 900

bis 950 Euro. Für einen durchschnittlichen Haushalt bedeuten die Preissteigerungen bei Strom und Gas von 2007 eine Mehrbelastung von rund 120 Euro. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Bereits jetzt haben einige Unternehmen angekündigt, im Herbst – also gerade zu Beginn der Heizperiode – ihre Gaspreise zu erhöhen. Einige der Preiserhöhungen sind mittlerweile bereits umgesetzt worden. Auch die Industrie musste im vergangenen Jahr höhere Preise bei elektrischer Energie und bei Gas in Kauf nehmen. Die Industriestrompreise sind um rund 11% gestiegen, die Gaspreise für die Industrie um rund 14%!



Österreichs Position verschlechtert sich

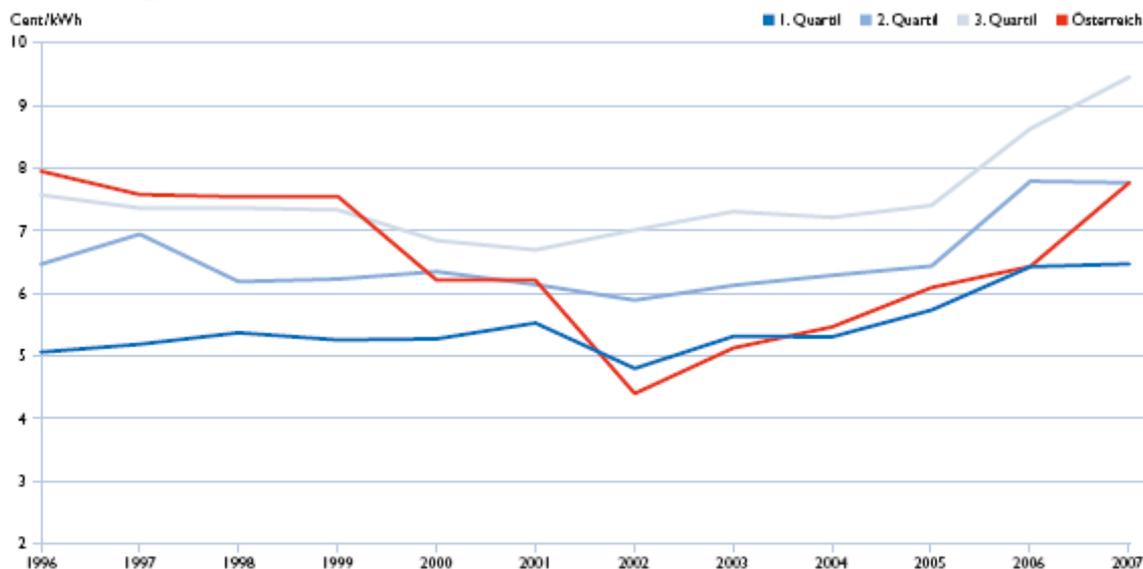
Insgesamt verschlechterte Österreich damit seine Position bei den Strom- und Gaspreisen im EU-Vergleich deutlich. Vor der Liberalisierung lag Österreich bei den Haushaltspreisen für Erdgas bei den teuersten Ländern der Europäischen Union und bei Strom etwa im Mittelfeld. Bis 2006 hatten sich die heimischen Preise den günstigsten Ländern angeglichen, haben seither aber wieder verloren und nähern sich jetzt wieder dem Mittelfeld an.

Bei der Industrie schaut die Lage vor allem beim Strom noch schlechter aus.

Österreichische Unternehmen sehen sich jetzt wieder einer Preissituation gegenüber, wie sie vor der Liberalisierung in den Jahren 2000 und 2001 herrschte.

→ Vergleich österreichischer Industriestrompreise mit vergleichbaren EU-Ländern⁵

Abbildung 7



Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen

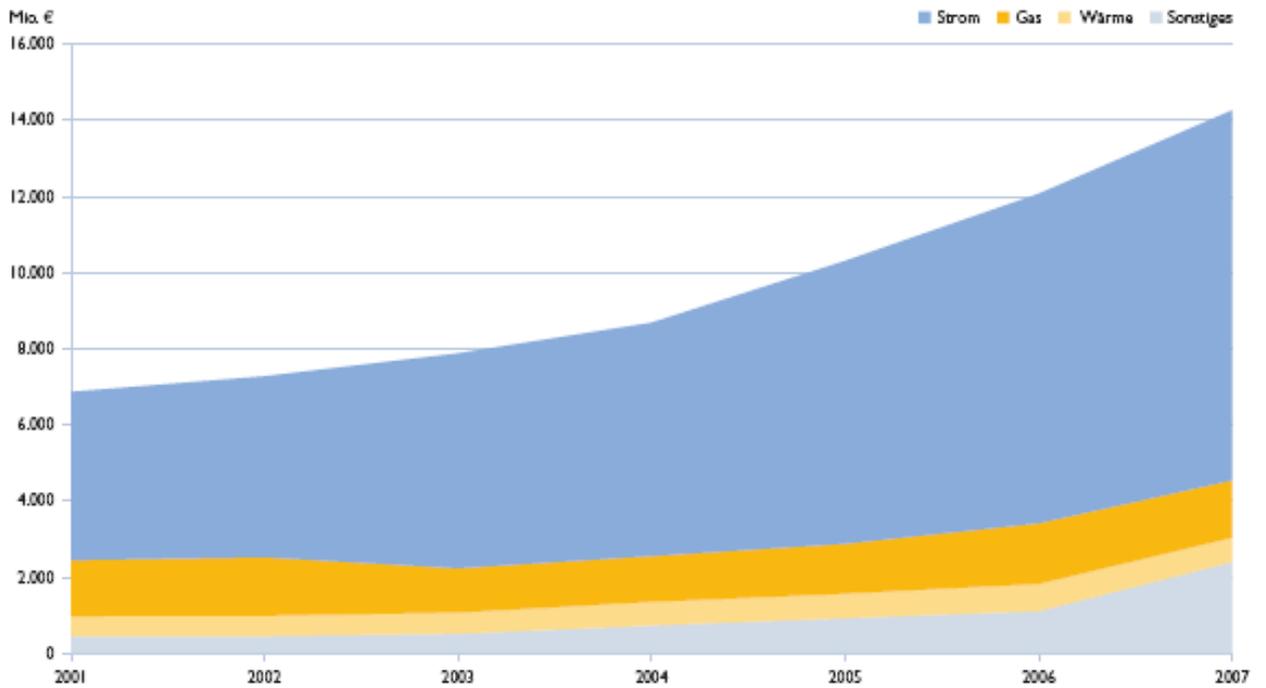
⁴ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Spanien

⁵ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien

„Bei den bevorstehenden Preiserhöhungen möchte ich an die Unternehmen appellieren, hier mit Augenmaß vorzugehen. Laut unseren Prognosen rechnen wir mit stabilen Einstandspreisen und die Unternehmen haben in den vergangenen Jahren genug verdient, um hier im Sinne der Energiekunden zu agieren.“, so Walter Boltz. Der Gesamtumsatz der Energieunternehmen in Österreich ist seit 2001 deutlich angestiegen, vor allem im Strombereich. Der jährliche Umsatzwachstum der österreichischen Strom- und Gasunternehmen liegt zwischen 1% und 25%. Aber nicht nur die Umsätze, auch die Ergebniszahlen konnten die Unternehmen verbessern.

→ Umsatzentwicklung nach Unternehmensbereich¹⁰

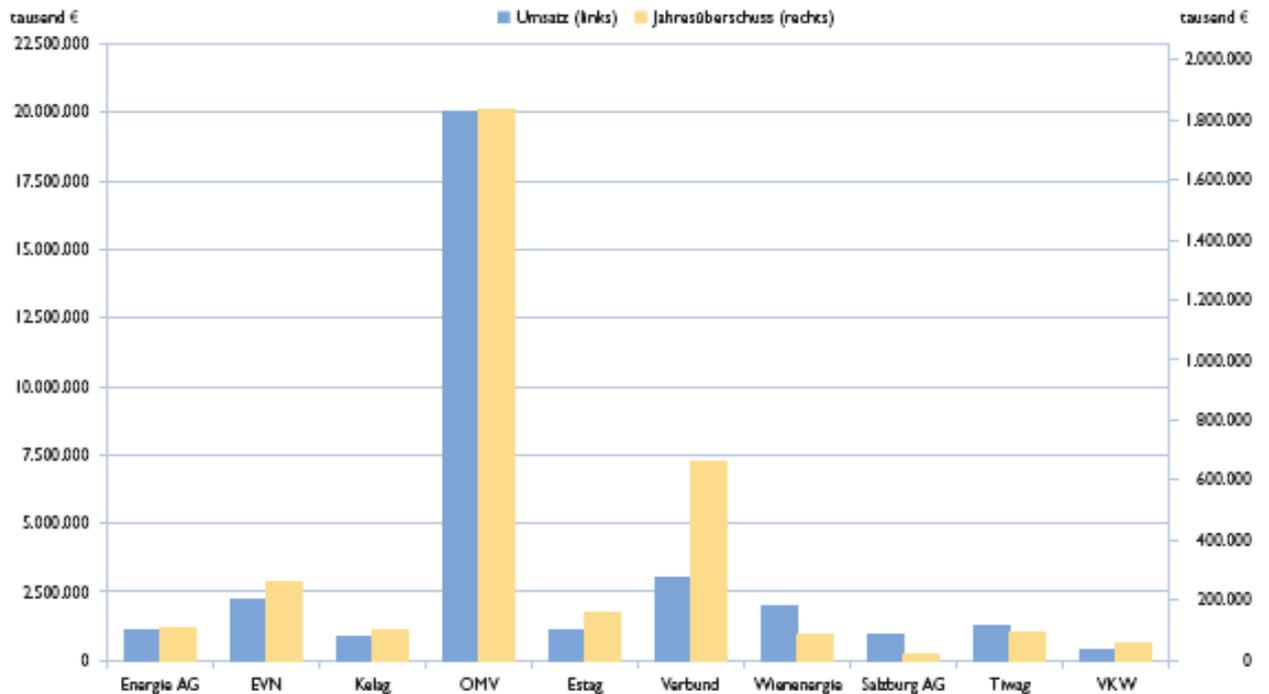
Abbildung 8



Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen

→ Umsatz und Ergebnis nach Steuern 2007

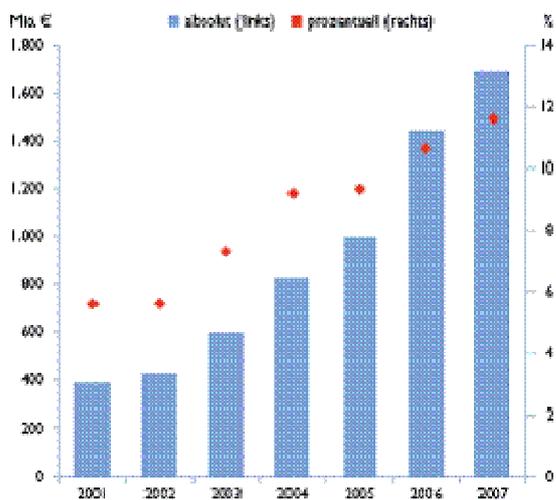
Abbildung 9



Quellen: Jahresabschlüsse der Unternehmen

Der Jahresüberschuss der Strom- und Gasunternehmen hat sich seit Beginn der Liberalisierung mehr als vervierfacht. Bei einzelnen Unternehmen ist der Jahresüberschuss von 2006 auf 2007 um mehr als 180% gestiegen.

→ Jahresüberschuss absolut und in Prozent des Umsatzes¹¹ Abbildung 10



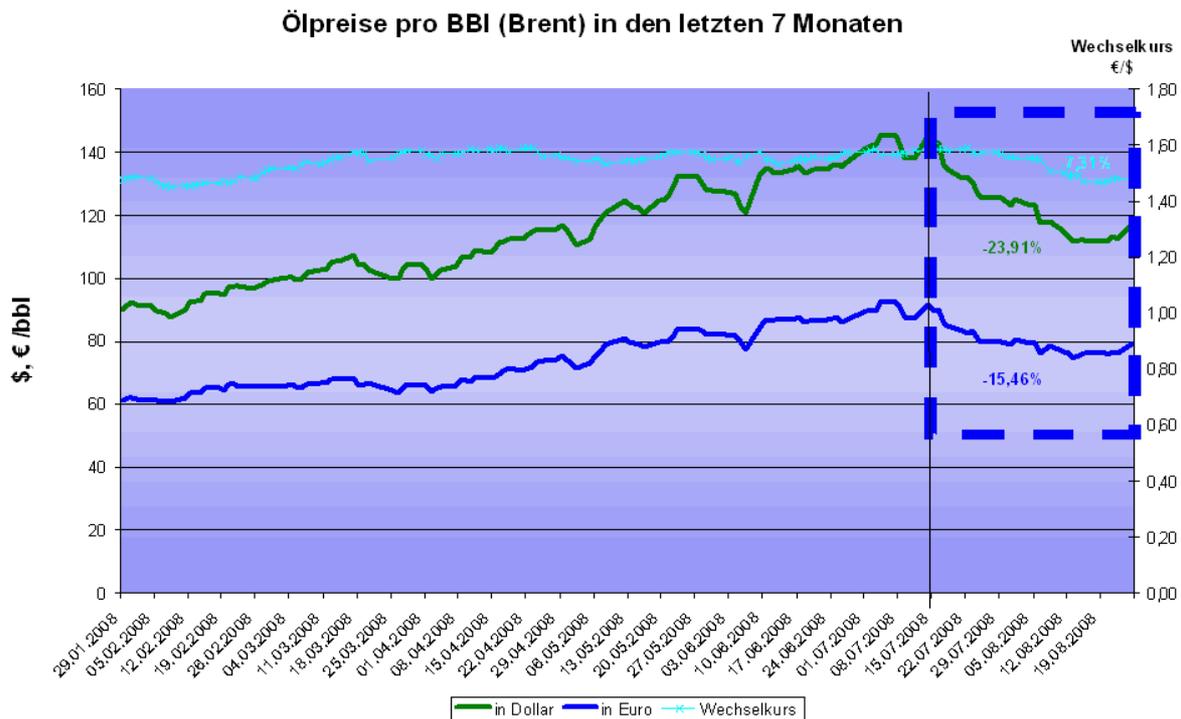
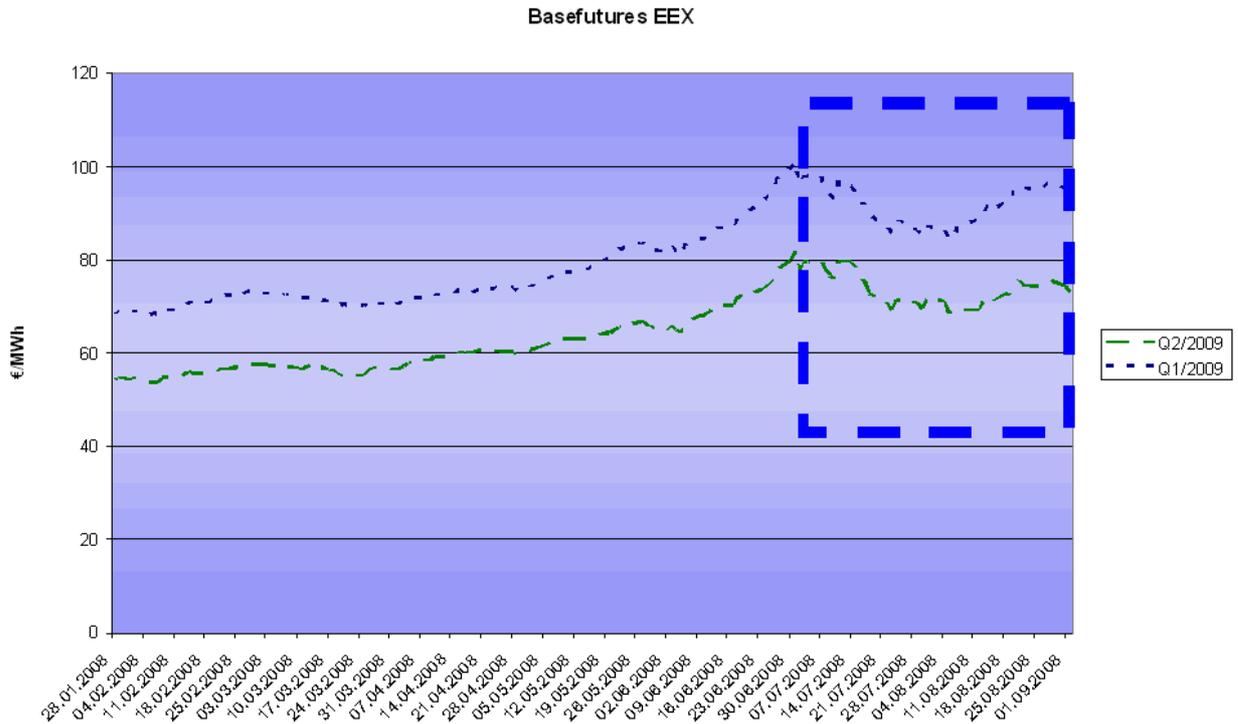
Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen

¹¹ Das Jahr 2006 basiert auf aktualisierten Daten, da diese im letzten Bericht noch nicht vollständig vorhanden waren.

„Es sollte für die Unternehmen also keine Schwierigkeit darstellen, bei künftigen Strom- oder Gaspreiserhöhungen maßvoll vorzugehen.“, hofft Walter Boltz im Sinne der Energiekunden.

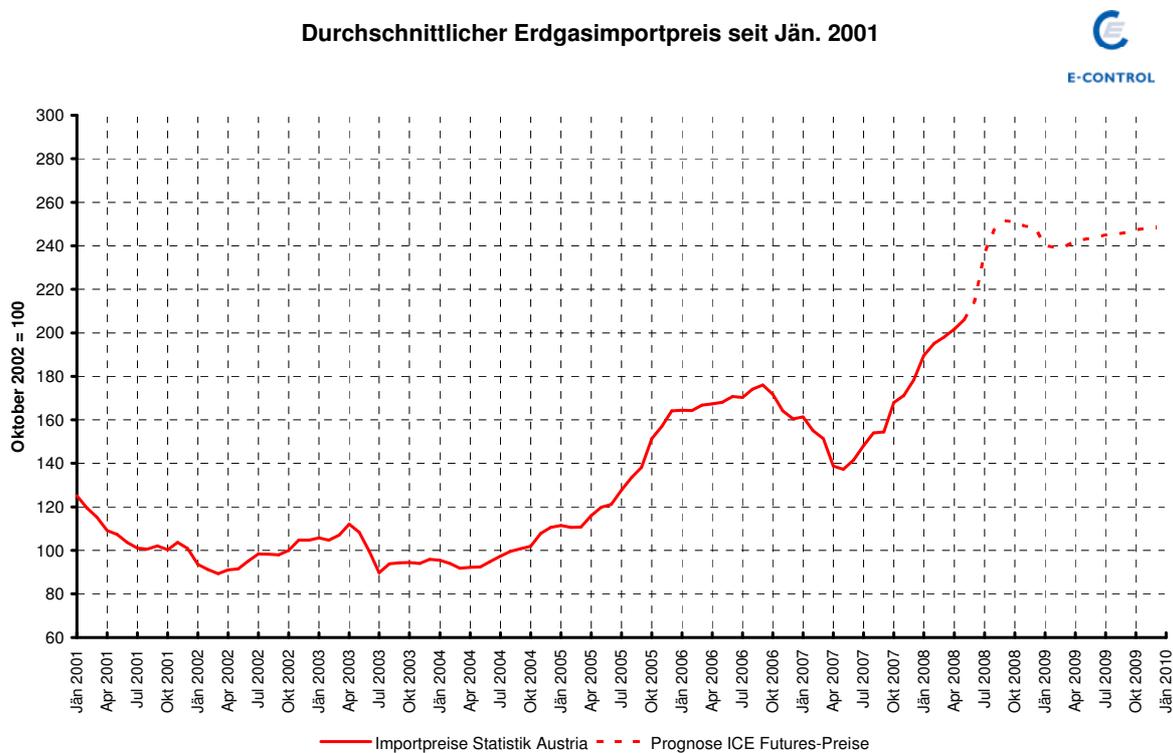
Wie geht es mit den Strom- und Gaspreisen weiter?

Nach dem Verfall der Rohölpreise sind auch die Gas- und Stromnotierungen gesunken. Mittlerweile haben sich die Preise für 2009 aber wieder dem Niveau vor der Ölpreissenkung angeglichen. So sind die Futures an der EEX um 10-15% seit Anfang August gestiegen. Grund dafür müssen aber im Strommarkt gesucht werden, da die Ölpreise im wesentlichen auf dem niedrigen Niveau geblieben sind. Für die Haushalte bedeutet dies, dass, wie bereits angekündigt, wohl mit Preissteigerungen von etwa 10%, das sind 45 bis 55 Euro/Jahr, zu rechnen sein wird.



Bei Erdgas scheint die Bergfahrt gebrochen zu sein. Die gesunkenen Ölpreise sollten sich bis zum Ende der Heizsaison in relativ konstanten Importpreisen auf dem Oktoberniveau widerspiegeln. Auch danach sollten die Preise auf diesem Niveau verbleiben, wenn man von den aktuellen Futures ausgeht. Für die Haushalte bedeutet dies vor allem in jenen Gebieten, die bereits lange keine Preisanpassungen

gehabt haben, dass Preiserhöhungen nicht ausgeschlossen werden können. Einige Unternehmen haben allerdings die steigenden Einstandskosten bereits frühzeitig vorweggenommen.

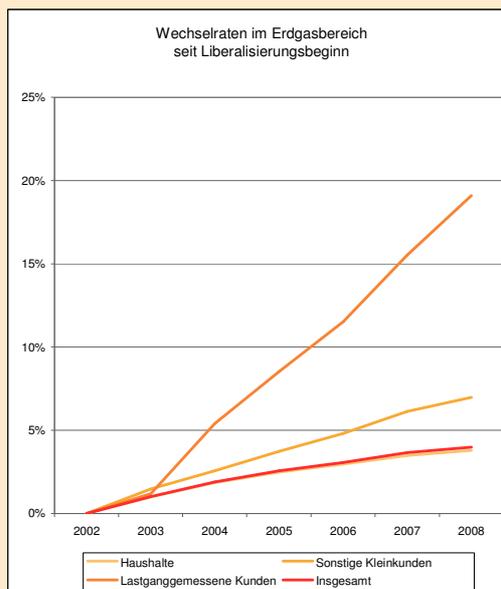
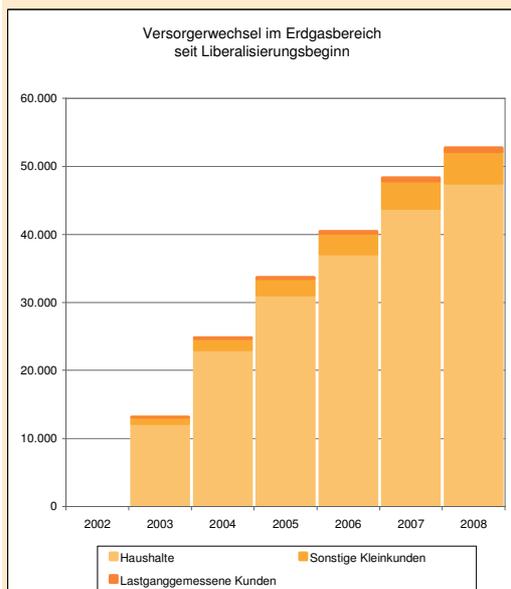


Wettbewerb immer noch auf Sparflamme

Österreich hat auch nach knapp sieben Jahren Strom- und sechs Jahren Gasmarktliberalisierung einen sehr wenig dynamischen Wettbewerb. Die höhere Sensibilität der Bevölkerung bezüglich der Energiepreise hat im Jahr 2007 zwar dazu geführt, dass die Wechselquoten höher als in den vergangenen Jahren waren, sie sind aber nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Jahr 2007 haben knapp 100.000 Stromkunden (1,5%) und rund 8.000 Gaskunden (0,6%) ihren Lieferanten gewechselt. Die Wechselraten im ersten Halbjahr 2008 zeigen weiterhin einen leicht steigenden Trend. So haben bis Ende Juni 2008 knapp 57.000 Stromkunden (rund 1,0) und etwa 4.400 Gaskunden (0,3%) ihren Lieferanten gewechselt.

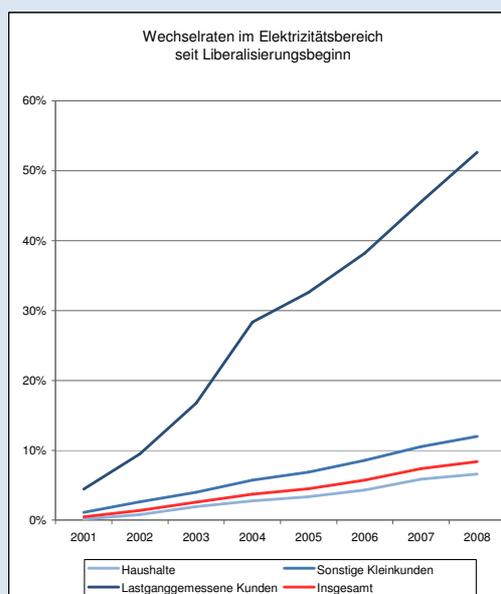
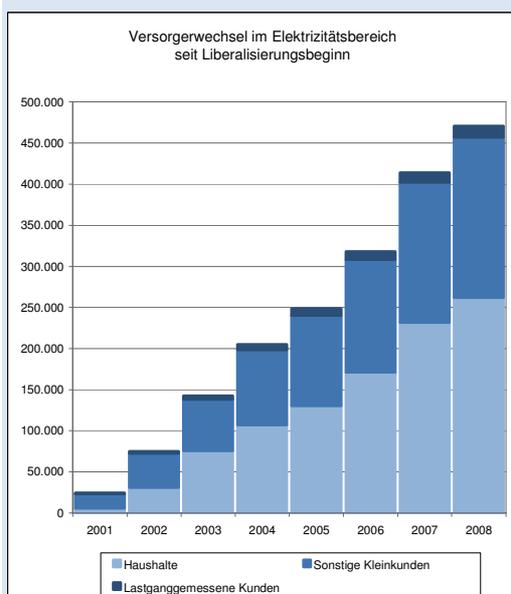
Damit haben seit Beginn der Liberalisierung der beiden Märkte insgesamt rund 470.000 Kunden (8,4%) einen günstigeren Strom- und rund 53.000 (4,0%) einen günstigeren Gaslieferanten gewählt. Der Anteil der Haushaltskunden, die ihren Lieferanten gewechselt haben, liegt dabei bei Strom insgesamt bei ca. 260.000 (6,6%) und bei Gas bei 48.000 (3,8%).

Liberalisierungseffekte im österreichischen Erdgasmarkt



Quelle: E-Control

Liberalisierungseffekte im österreichischen Elektrizitätsmarkt



Quelle: E-Control

Auffällig sind auch die regionalen Unterschiede bei den Versorgerwechseln. So wurden die höchsten Wechselraten im Strombereich in Wien (10,5%), Kärnten (9,7%), Niederösterreich (9,7%), Oberösterreich (9,6%) und der Steiermark (8,7%) zu verzeichnet, während in den anderen Bundesländern die Raten zum Teil sehr niedrig waren. Im Gasbereich waren die Wechselraten nur in Niederösterreich (5,1%), Oberösterreich (5,0%) und Wien (4,0%) über dem österreichischen Mittelwert. „Die regionalen Unterschiede lassen sich auf zwei wesentliche Faktoren zurückführen, einerseits die zu erzielenden Einsparungen bei einem Wechsel und andererseits eine unterschiedliche Sensibilisierung der Verbraucher.“, sagt Walter Boltz. Die sehr

geringe bis nicht existierende Wechselbereitschaft im Westen des Bundesgebiets liegt im Strombereich in den vergleichsweise niedrigeren Preisen der lokalen Versorger und im Erdgasbereich in den nicht vorhandenen Alternativen.

„Auch wenn die Wechselraten leicht im Steigen begriffen sind und die Konsumenten es vermehrt selbst in die Hand nehmen, etwas gegen die hohen Energiekosten zu tun, ist es noch ein weiter Weg, bis man in Österreich von einem dynamischen Wettbewerb sprechen kann. Bisher ist es auf jeden Fall noch nicht gelungen, die Marktmacht der lokalen Versorger durch ausreichend Wettbewerb einzuschränken. Damit können die Unternehmen nach wie vor ihre Preise erhöhen, ohne massive Reaktionen der Kunden befürchten zu müssen.“, so Walter Boltz.

Viele Probleme müssen noch gelöst werden

Eine wesentliche Ursache für die nur schleppende Entwicklung des Wettbewerbs ist das nach wie vor unzureichende Unbundling. Die Trennung des Netzbetreibers vom lokalen Lieferanten ist für die Kunden praktisch kaum wahrnehmbar. Dadurch wird der „goodwill“ des Netzbetreibers kostenlos an den Lieferanten übertragen. Der Auftritt des Netzbetreibers in seiner Kommunikation – wie zum Beispiel Rechnung, Werbung usw. – ist damit ein wesentlicher Faktor für die fehlende Dynamik des Wettbewerbs.

„Durch die fehlende Entflechtung haben die lokalen Lieferanten eindeutig Wettbewerbsvorteile. Kein Wunder, dass die österreichischen Unternehmen das Unbundling entsprechend den wenig ambitionierten gesetzlichen Vorgaben in der Mehrzahl nur formell umgesetzt haben. Der unabhängig agierende Netzbetreiber als Garant für ein neutral gegenüber allen Lieferanten auftretendes Stromnetz ist deshalb auch 2007 die Ausnahme geblieben. Nach wie vor ist es so, dass die Konsumenten kaum zwischen dem Netzbetreiber und dem Lieferanten unterscheiden können. Wie sollen sie auch, bei gleichem Marktauftritt, demselben Unternehmensnahmen, gemeinsamer Kommunikation nach außen und ähnlichem. Und ein gravierendes Problem ist natürlich auch, dass zwischen Lieferant und Netzbetreiber unmöglich Datenvertraulichkeit bestehen kann. Wenn man sich anschaut, wie wenig Personen in manchen Netzgesellschaften beschäftigt sind und das bei oft sehr vielen Kunden, dann ist klar,

dass diese Angestellten sich nicht alleine um alle Kunden kümmern können, sondern sicher immer wieder auf ihre Kollegen in der Vertriebsgesellschaft zurückgreifen. Und wie soll es so zu einer Vertraulichkeit bei den Daten kommen?“, so Walter Boltz.

Wettbewerb am Scheideweg – gesetzliche Maßnahmen gefordert

„Der liberalisierte Energiemarkt in Österreich befindet sich am Scheideweg. Es ist höchste Zeit, sich wirklich für einen funktionierenden Wettbewerb zu entscheiden. Das geht aber nur, wenn etliche Maßnahmen ergriffen werden, um den Wettbewerb auch tatsächlich anzukurbeln. Einige Schritte können vorerst im Rahmen der jetzigen rechtlichen Möglichkeiten in Angriff genommen werden. Etliche Maßnahmen aber benötigen grundsätzlich eine Gesetzesänderung beziehungsweise politische Aktionen. Dazu muss es ein klares politisches Bekenntnis und mehr Mut zu Wettbewerb geben.“, appelliert Walter Boltz.

Konkrete Forderungen an die nächste Bundesregierung

1. Aktion scharf bei der Überwachung des Unbundling

Die Überwachung des Unbundling im Strombereich erfolgt durch die Länder, und damit durch die Eigentümer der größten Verteilnetzbetreiber. „So ist es nicht verwunderlich, dass nach Angaben der Länder keine Hinweise auf Gesetzesverletzungen bei den Stromnetzbetreibern vorliegen. Ich halte das aber eher für eine generelle und vor allem sehr optimistische Einschätzung von Seiten der Eigentümer der Landesgesellschaften. Konkrete Überprüfungen in den einzelnen Unternehmen wurden aber nicht durchgeführt. Gefordert wäre hier eine „Aktion scharf,“ bei der Überwachung der Entflechtung. Die Gleichbehandlung aller Lieferanten, der Datenschutz und die Unabhängigkeit des Netzbetreibers mit klaren Richtlinien für die Unternehmen wären hier unerlässlich. Und eine Verordnungsermächtigung für die E-Control, damit diese auch tatsächliche Durchgreifmöglichkeiten hat.“, erläutert Walter Boltz.

2. Infokampagnen und Transparenzoffensive

Nach wie vor informieren die Energieunternehmen die Konsumenten nicht über die Möglichkeit des Lieferantenwechsels. Die Werbeausgaben der Energieunternehmen haben sich im Jahr 2007 im Vergleich zu den Vorjahren zwar stark erhöht (22,5 Mio € gegenüber 33,7 Mio € im Jahr 2007), sie liegen aber 2008 bisher wieder leicht unter

den Vorjahreswerten (Jänner bis Juli – 2007: 18,3 Mio € und 2008: 16,3 Mio €), die Werbung wird aber nach wie vor hauptsächlich zur Imagepflege eingesetzt. Preis- oder Produktwerbung findet kaum statt. Mit Ausnahme des günstigsten Lieferanten wirbt in Österreich kein Unternehmen mit möglichen Einsparpotenzialen beim Lieferantenwechsel. „Die E-Control versucht zwar laufend, die Konsumenten über die Vorteile der Liberalisierung und somit des Lieferantenwechsels zu informieren, aber unsere Mittel dafür sind natürlich begrenzt. International werden deshalb die Konsumenten durch groß angelegte Kampagnen durch die Regierung oder die Regulierungsbehörde informiert. Ich würde mir wünschen, dass dies auch für Österreich ermöglicht wird.“, so Walter Boltz.

Rechnungen als zentraler Infopunkt

Die Rechnung ist ein zentraler Kontaktpunkt für die Konsumenten, um sich mit dem Thema Strom oder Gas auseinanderzusetzen. „Deshalb ist es unerlässlich, dass die Qualität der Rechnungen deutlich gesteigert werden muss. Derzeit ist es so, dass bei einigen Unternehmen nicht einmal die gesetzlichen Mindeststandards, also die getrennte Ausweisung von Systemnutzungsentgelt, Steuern und Abgaben sowie des Preises für elektrische Energie in Cent/kWh, eingehalten werden.“, erzählt Walter Boltz aus der Praxis. Die E-Control hat deshalb im Frühjahr 2008 damit begonnen, von Energielieferanten und Netzbetreibern Rechnungen abzuverlangen, mit dem Ziel, diese Rechnungen auf Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben hin zu überprüfen. Österreichweit wurden von rund 30 Energieunternehmen die Rechnungen eingefordert. „Das Ergebnis spricht eine deutliche Sprache: nur bei einem Viertel der Unternehmen entsprachen die Rechnungen den gesetzlichen Anforderungen. In allen anderen Fällen mussten Verfahren eingeleitet werden. Von den neun Landesenergieversorgern wiesen nur die Wien Energie, die TIWAG und die Energie AG Oberösterreich alle gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien auf, sowohl auf der Netz- als auch auf der integrierten Rechnung. Von den neuen Lieferanten wurden ebenfalls Rechnungen abverlangt – und Verfahren eingeleitet, da die Rechnungen den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprachen.“, erläutert Walter Boltz die Ergebnisse.

Die Hauptmängel betrafen die Art der Zählerstandsermittlung sowie die Tatsache, dass der Energiepreis lediglich als Durchschnittspreis angegeben wird. Derzeit sind noch 14 Verfahren anhängig, wobei bei der überwiegenden Mehrheit aufgrund

entsprechender Zusagen mit einer Einstellung bis Oktober bzw. November zu rechnen ist. Die restlichen Lieferanten haben gegen die gegen sie erlassenen erstinstanzlichen Bescheide Rechtsmittel erhoben, eine endgültige Klärung dieser Fälle steht noch aus.

3. Verbesserungen des Wechselprozesses

Trotz mühevoller Verhandlungen mit den Marktteilnehmern und einiger Verbesserungen ist der Lieferantenwechsel immer noch zu langsam und aufwändig in der Handhabung. Bestimmte Vermarktungsschienen wie Online-Vertragsabschlüsse oder dezentrale Kundenakquisition sind in Österreich kaum möglich. Die technischen und rechtlichen Voraussetzungen wie Kundenregister, Vollautomatisierung aller Wechselschritte, ein Daenbanksystem und ähnliches müssten geschaffen werden. In vielen anderen Ländern der EU wie zum Beispiel in Deutschland, sind beispielsweise Online-Vertragsabschlüsse möglich. „Und die E-Control müsste die Möglichkeit erhalten, notwendige Verbesserungen verbindlich vorzuschreiben. Es kann auch nicht sein, so wie es noch immer in Österreich üblich ist, dass der neue Lieferant für die Ummeldung des Kunden und die Abwicklung des Lieferantenwechsels eine eigenhändig, durch den Kunden unterfertigte Vollmacht je Vertragsabschluss im Original vorlegen muss. Das muss man sich einmal vorstellen! In anderen Ländern ist es üblich, dass der neue Lieferant einfach bestätigt, dass er eine solche Vollmacht besitzt.“, so Walter Boltz.

4. Bessere, glaubwürdigere Rechtsdurchsetzung

Derzeit stehen der E-Control keine wirklichen Sanktionsmöglichkeiten bei missbräuchlichem bzw. gesetzeswidrigem Verhalten zur Verfügung. Bei Gesetzesübertretungen besteht in der Regel nur die Möglichkeit einer Anzeige bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft, die eine maximale Verwaltungsstrafe von 50.000 Euro verhängen kann. „Angesichts der Geldsummen, die in der Strom- oder Gaswirtschaft täglich umgesetzt werden, kann dieser Betrag wohl nur als symbolisch bezeichnet werden.“, so Walter Boltz. In anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Durchsetzung der Entflechtungsbestimmungen durch die Länder, kann die Konzession entzogen werden. „Diese Möglichkeit scheint allerdings kaum realistisch zu sein.“, so Boltz weiter. Und er fordert deshalb, dass die Möglichkeit der Rechtsdurchsetzung angepasst wird. Internationale Erfahrungen zeigen, dass ein

Rahmen, der auf den Umsatz des Unternehmens bezogen ist, eher geeignet ist, die Befolgung der vorhandenen Vorschriften sicherzustellen. In Großbritannien oder auch Ungarn ist es zum Beispiel so, dass umsatzabhängige Bußen verhängt werden können. In Großbritannien gibt es beispielsweise Strafen, die bis zu 0,5% des Umsatzes betragen.

5. Systematisches Monitoring

„Sinnvoll wäre auch, der E-Control eine Möglichkeit zur transparenten Marktüberwachung zum Beispiel durch eine Verordnung zu gewähren. So könnte eine effiziente Marktüberwachung über Preise, Handelsgeschäfte, Marktanteile in den einzelnen Märkten usw. aufgebaut und periodisch der Bundeswettbewerbsbehörde für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden.“, kann sich Walter Boltz als weitere Maßnahme zur Ankurbelung des Wettbewerbs vorstellen.

6. Weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene

Aber auch international sind Maßnahmen erforderlich, um den Wettbewerb in Schwung zu bringen. Vor allem im Bereich der Gasinfrastruktur – also im Bereich Transport und Speicher – bestehen nach wie vor Hemmnisse für die weitere Entwicklung eines regionalen Marktes in der Region Süd-Süd.Ost, zu der Österreich zählt. Auch der internationale Strommarkt ist unzureichend integriert. Ziel muss es sein, die Haupthindernisse für den Wettbewerb durch eine verstärkte Zusammenarbeit der benachbarten Regulatoren abzubauen. Die EU-Kommission hat in ihrem Dritten Richtlinienpaket Wege zu einer Marktintegration und Nichtdiskriminierung, die den Wettbewerb und die Versorgungssicherheit stärken, vorgeschlagen. Dazu zählen unter anderem eine effektive Entflechtung der Übertragungs- und Fernleitungsnetze, die verpflichtende Zusammenarbeit der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber, bessere regionale Kooperationen der Regulierungsbehörden, der Schutz europäischer Interessen sowie verstärkte Kundenrechte. „Und Verbesserungen sind auch dringend notwendig. Denn der aktuelle europäische Rechtsrahmen kann in der Praxis bis heute nicht garantieren, dass neue Marktteilnehmer von einer Gleichbehandlung ausgehen können.“, so Walter Boltz

„Es ist höchste Zeit, Mut zu mehr Wettbewerb zu zeigen und sich klar für mehr Wettbewerb am Strom- und Gasmarkt zu entscheiden. Es liegt an der künftigen Regierung, die dafür dringend notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit auch langfristig alle Konsumenten von den Vorteilen des freien Energiemarktes in Österreich profitieren können.“, so Walter Boltz abschließend.